

Jan Kürschner, Vorsitzender des
Innen- und Rechtsausschusses
Landeshaus,
Düsternbrooker Weg 70,
24105 Kiel

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5766**

Bredstedt/Bräist, 11.12.2025

Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Entlastung von Bürokratie in der Kommunal- und Landesverwaltung (Minderheitenberichte)

Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 20/3514

Änderungsantrag der Fraktion des SSW – Drucksache 20/3622

im Zuge des geplanten Bürokratieabbaus in der Kommunal- und Landesverwaltung des Landes Schleswig-Holstein, sollen die etablierten Minderheitenberichte in den Kreisen und Kommunen abgeschafft werden.

Die Friisk Foriining bewertet die geplante Streichung des Minderheitenberichts als einen Rückschritt. Mit dem Wegfall des Berichtswesens würden sowohl die systematische Bestandsaufnahme als auch die strukturierte Analyse sowie die Grundlage für eine mittel- bis langfristige minderheitenpolitische Planung auf kommunaler Ebene entfallen.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Mitteilung über die vorgesehene Abschaffung des Minderheitenberichts insbesondere deshalb nicht schlüssig, weil es sich nicht mit den Erfahrungen deckt, die wir als Verein in der verlässlichen und sachorientierten Zusammenarbeit mit der Verwaltung des Kreises Nordfriesland gemacht haben.

Im März dieses Jahres veröffentlichte der Kreis Nordfriesland seinen neuen Minderheitenbericht, der in einem konstruktiven Dialog mit den Minderheitenverbänden entstand und einen umfassenden Einblick in die minderheitenpolitischen Maßnahmen des Kreises bietet. Durch die Anlehnung an den Vorgängerbericht ist ein direkter Vergleich der Entwicklungen möglich. Besonders hervorzuheben sind die Ausführlichkeit des aktuellen Berichts sowie seine klaren und konkreten Handlungsempfehlungen.

Dies zeigt sich insbesondere darin, dass der Kreis Nordfriesland im aktuellen Bericht ankündigt, die Sprach- und Kulturarbeit, insbesondere für das Friesische, in verschiedenen Bereichen – etwa als Träger der beruflichen Schulen – gezielt zu unterstützen. Da die Landesregierung in diesen Bereichen keine Regelungskompetenz hat, kommt dem Minderheitenbericht des Kreises eine besondere Bedeutung zu. Er ist ein wichtiges Instrument vor Ort und nicht mit dem Berichtswesen des Landes zu den Regional- und Minderheitensprachen gleichzusetzen.

Nirgendwo sonst in der Bundesrepublik findet sich eine vergleichbare Vielfalt und Dichte an Regional- und Minderheitensprachen wie in Schleswig-Holstein – besonders im Kreis Nordfriesland, in dem Friesisch, Dänisch und Romanes drei Minderheitensprachen sowie Niederdeutsch und Sønderjysk beheimatet. Diese seit Jahrhunderten gewachsene kulturelle Mehrsprachigkeit und das Miteinander der Kulturen prägt diese Region und macht sie einzigartig. Zugleich erwächst daraus aber auch eine besondere politische Verantwortung. Die Minderheitenberichte machen dieses mehrsprachige Zusammenleben im Hinblick auf Regional- und Minderheitenrechte sichtbar: Sie zeigen auf, welche Maßnahmen erfolgreich waren und wo Fortschritte erzielt wurden, und benennen zugleich Bereiche, in denen weiterhin Handlungsbedarf besteht.

Zugleich wurde im Bericht ersichtlich, dass der hohe finanzielle Druck die Kommunen veranlasst hat, freiwillige Leistungen im Bereich der Kulturförderung und der Regional- und Minderheitenförderung zu kürzen. Minderheitenpolitik ist aber keinesfalls eine freiwillige Leistung, sondern eine völkerrechtliche Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland unter anderem durch die Unterschrift unter die Charta der Regional- und Minderheitensprachen.

Darum erwartet der Friisk Foriining, dass die Kommunen und Kreise weiterhin regelmäßig über den Stand der Minderheitsförderung und der Minderheitenpolitik berichten.

Die Abschaffung der Berichte wäre aus unserer Sicht ein Schritt in die falsche Richtung.